



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
40. Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 17.11.2025
Sitzungsbeginn:	16:05 Uhr
Sitzungsende:	20:47 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Dr. Ulrich Brock - CDU

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Jochen Mauritz - CDU

Kristin Blankenburg - SPD

Sascha Luetkens - LINKE & GAL

Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite
Stellvertr. Stadtpräsidentin

Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Detlev Stolzenberg - Die Fraktion

Jörn Twesten - AfD

Stephan Wisotzki - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Elfi Rostkowski - SPD

Vertretung für: Herrn Julian Lange

Jan Ingwersen - CDU

Vertretung für: Herrn Oliver Prieur

Klaudia Kohlfäerber - SPD

Ulrich Pluschkell - SPD

Jörg Sellerbeck - CDU

Dan Teschner - FDP

Beiratsmitglieder

Christa Renzow - Beirat für Senior:innen

Nur öffentlicher Teil

Christian Brandt - Beirat für Menschen mit Behinderungen

Nur öffentlicher Teil

Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion

Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Steffen Hamer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Verwaltung

Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Katharina Belchhaus - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	
Dennis Bunk - 5.651 Gebäudemanagement	Nur öffentlicher Teil
Guido Kaschel - 5.691 Lübeck Port Authority	
Ulrike Schölkopf - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Achim Selk - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Bis TOP 1
Christian Stolte - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Nur öffentlicher Teil
Markus Toll - 5.060 Fachbereichscontrolling	TOP 6.4.2 bis TOP 13.3.1
Protokollführung	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
Gäste	
Dr. Ralph Bruns - KWL	Bis TOP 11.1
Nadja Janke - Vonovia	Bis TOP 6.4.4
Volker Salomon - KWL	Bis TOP 11.1
Susan-Katrin Zunker - Vonovia	Bis TOP 6.4.4
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Julian Lange - SPD	Entschuldigt abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Oliver Prieur - CDU	Entschuldigt abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.09.2025	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.10.2025	
2.3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2025	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Verkehrsentwicklungsplan - Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn	VO/2024/13418
3.1.1	Kosten-Wirksamkeits-Analyse Zukunftsszenarien ÖPNV	2024/13418-01-01
3.1.2	Chancen und Perspektiven durch alternative Systemansätze zur Straßenbahn	VO/2025/14411
3.2	Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025	VO/2025/14057
3.2.1	AM Dr. Lengen: Änderungsantrag zu Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025	VO/2025/14057-01
3.2.2	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Dr. Ulrich Brock (CDU), AM Dan Teschner (FDP): ÄA zu VO/2025/14057 Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025	VO/2025/14057-03
3.3	Erhaltungsstrategie Fahrbahnen	VO/2025/14616
3.4	Strategische Neuordnung der Hafenverwaltung im PORT OF LÜBECK	VO/2022/11476-01
3.5	Änderung der Entgeltliste und der Allgemeinen Tarif- und Nutzungsbedingungen für die Häfen in der Verwaltung der Hansestadt Lübeck	VO/2025/14657
3.6	Bebauungsplan 32.07.00 - Fischereihafen/Baggersand, Teilbereich West - Beschluss über ergänzendes Verfahren und erneuter Satzungsbeschluss	VO/2025/14660
3.7	Abschluss der planerischen Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme "Nord-West" und Ausstieg aus der weiterführenden Teilnahme am Städtebauförderungsprogramm	VO/2025/14646
3.8	Wohnungsmarktstrategie Lübeck	VO/2025/14628

3.9	Außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. § 82 I GO für das Haushaltsjahr 2025 im Produkt 111029 Gebäudemanagement für die Maßnahme Errichtung Interimschule Kanalstraße auf der Parkplatzfläche P1	VO/2025/14676
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
5	Berichte	
5.1	Ergebnis der Organisationsuntersuchung Technisches Gebäudemanagement	VO/2025/14168
5.1.1	Antwort auf die Anfrage des AM Arne-Matz Ramcke (Bündnis 90/Die Grünen) zur Organisationsuntersuchung technisches Gebäudemanagement	VO/2025/14472-01
5.2	Ergebnis der Überprüfung der tarifrechtlichen Eingruppierung der Reinigungskräfte in der Unterhaltsreinigung der Hansestadt Lübeck	VO/2025/14516
5.3	Lübeck-Travemünde, Priwall - Kohlenhofkai Bericht zur Vorplanung für die Umgestaltung	VO/2025/14370
5.4	Zwischenbericht "Fahrschein gegen Führerschein" - Durchlauf 2023	VO/2025/14602
5.5	Eckpunktepapier Parken: Digitale Lösungen für Anwohner-Parksuchverkehr und die Vermittlung privater Parkflächen	3/11836-02-01-01
5.6	Jahresbericht 2024 über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Hansestadt Lübeck	VO/2025/14645
5.7	Änderung Dienstleistungskonzessionsvertrag über die Errichtung und den Betrieb von Ladestationen	VO/2025/14644
6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.1.1	Antwort auf die Anfrage des AM Arne-Matz Ramcke (Bündnis 90/Die Grünen) zur Erweiterung des Lehmannkais	VO/2025/14371-01
6.1.2	Antwort auf Anfrage des AM Katja Mentz (GAL), Anfrage zum Kleingartenentwicklungskonzept, Kleingartenkonzept Teil II	VO/2025/14632-01
6.1.3	Antwort auf die mdl. Anfrage des AM Simon (CDU): Sachstand Leuchtenfeld und Brügmanngarten und die mdl. Anfrage des AM Pluschkell (SPD & FW): Beschluss zum Leuchtenfeld	VO/2025/14656
6.2	Neue Anfragen	

6.2.1	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Barrierefreier Umbau der Marktfläche am Kohlmarkt	VO/2025/14710
6.2.2	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Verkehrsberuhigung Ortsdurchfahrt Kronsforde	VO/2025/14712
6.2.3	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Spielplatz "An der Kirche" in Kronsforde	VO/2025/14713
6.2.4	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Lückenschluss Fuß- und Radweg Kronsforde-Rothenhausen	VO/2025/14715
6.2.5	AM Klaus Hinrich Rohlf (CDU): Klärungsbedarf Eigenbetrieb Hafen EHL zu Vorlage VO/2022/11476-01	VO/2025/14719
6.2.6	Anfrage des AM Blankenburg (SPD): Sanierung Fußweg Am Rusch	
6.2.7	Anfrage des AM Pluschkell (SPD): Pflasterung in der Beckergube	
6.2.8	Anfrage des AM Pluschkell (SPD): Fußgängerampel am Mühlenteller	
6.2.9	Anfrage des stellv. AM Hamer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Radverkehr am Berliner Platz	
6.2.10	Anfrage des AM Mählenhoff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abbieger in die Kronsforder Allee	
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden und der Fachbereichsleitung	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Sitzungstermine Bauausschuss 2026	VO/2025/14459
6.4.2	Mündliche Mitteilung (5.610): Mobilitätskonzept Neue Teutendorfer Siedlung	
6.4.3	Wochenmarkt am Brink: Erreichbarkeit während der Baumaßnahmen zum Radschnellweg und Inanspruchnahme von Wochenmarktsflächen im Zuge der Baumaßnahmen	
6.4.4	Mündliche Mitteilung (5.610): Bauvorhaben Damaschkestraße	
6.4.5	Mündliche Mitteilung (5.610): Sachstand Planfeststellungsverfahren Lehmannkai 1+	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Nachpflanzung von Alleebäumen in Ivendorf	VO/2025/14554

7.2	Antrag von AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Ratzeburger Allee für die Zeit der Baustellensituation	VO/2025/14566
7.3	Antrag AM Stolzenberg (Die FRAKTION): Prüfauftrag zur Errichtung einer öffentlichen Sport- und Freizeitanlage im Orkney Park in Travemünde	VO/2025/14607
7.4	Jochen Mauritz (CDU), Arne-Matz Ramcke (BÜ90/DIE GRÜNEN), Dan Teschner (FDP): Zweispuriges Abbiegen von der Straße "Bei der Lohmühle" nach links in die Fackenburg Allee	VO/2025/14617
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

- TOP 3.2.1 AM Dr. Lengen: Änderungsantrag zu Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025 (VO/2025/14057-01)
- TOP 3.2.2 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Dr. Ulrich Brock (CDU), AM Dan Teschner (FDP): ÄA zu VO/2025/14057 Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025 (VO/2025/14057-03)
- TOP 3.9 Außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. § 82 I GO für das Haushaltsjahr 2025 im Produkt 111029 Gebäudemanagement für die Maßnahme Errichtung Interimsschule Kanalstraße auf der Parkplatzfläche P1 (VO/2025/14676)
- TOP 5.6 Jahresbericht 2024 über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Hansestadt Lübeck (VO/2025/14645)
- TOP 5.7 Änderung Dienstleistungskonzessionsvertrag über die Errichtung und den Betrieb von Ladestationen (VO/2025/14644)
- TOP 6.2.1 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Barrierefreier Umbau der Marktfläche am Kohlmarkt (VO/2025/14710)
- TOP 6.2.2 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Verkehrsberuhigung Ortsdurchfahrt Kronsforde (VO/2025/14712)
- TOP 6.2.3 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Spielplatz "An der Kirche" in Kronsforde (VO/2025/14713)
- TOP 6.2.4 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Lückenschluss Fuß- und Radweg Kronsforde-Rothenhausen (VO/2025/14715)
- TOP 6.2.5 AM Klaus Hinrich Rohlf (CDU): Klärungsbedarf Eigenbetrieb Hafen EHL zu Vorlage VO/2022/11476-01 (VO/2025/14719)
- TOP 11.3 Strategische Neuordnung der Hafenverwaltung im PORT OF LÜBECK/Freigabe der Ausschreibung von Unterstützungsleistungen (VO/2022/11476-02)

Der Vorsitzende lässt über die Behandlung der TOP im Wege der Dringlichkeit abstimmen.
Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung von TOP 3.3. Da die Umsetzung der Strategie erst ab 2027 vorgesehen sei, sehe er dies als unproblematisch an.
Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt, TOP 3.7 um zwei Sitzungen zu vertagen.

Herr Selk weist darauf hin, dass die Hansestadt Lübeck einen Förderantrag bis Februar stellen müsse, wenn sie weiter an dem Programm teilnehmen wolle.

Der Vorsitzende fragt, ob eine Behandlung der Vorlage in vier Wochen unschädlich wäre.

Herr Selk bejaht dies.

Der Bauausschuss stimmt einer Vertagung um zwei Wochen einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung von TOP 5.1 und TOP 5.1.1.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

AM Blankenburg bittet um Vertagung von TOP 3.4 und TOP 3.8.

Der Vorsitzende sagt, dass er TOP 3.4 gerne aufrufen wolle, damit die Verwaltung zu dem Thema informieren und die zeitlichen Bedarfe erläutern könne. Eine Vertagung sei dann immer noch möglich.

AM Blankenburg antwortet, dass dieses Vorgehen für sie in Ordnung sei.

AM Stolzenberg fügt an, dass die Vorlage unter TOP 3.4 sehr umfangreich sei und seine Fraktion einen ganzen Fragenkatalog hierzu formuliert habe, den er gerne an die Gremien geben würde. Er würde die Vorlage daher eigentlich auch gerne vertagen.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Aufrufen der Vorlage noch nicht die spätere Vertagung ausschließe, sofern Anschlussfragen bestünden.

Senatorin Hagen führt aus, dass der Vorlage ein ambitionierter Zeitplan zugrunde liege, der bewältigt werden müsse. Zudem weise sie darauf hin, dass die Anlagen 1 und 2 der Vorlage nichtöffentlich zu behandeln seien.

AM Blankenburg merkt an, dass das Thema ohnehin im nichtöffentlichen Teil unter TOP 11.3 behandelt werden solle und dann dazu Fragen gestellt werden könnten. Sie wolle dennoch weiterhin den TOP 3.8 vertagen.

Der Vorsitzende sagt, dass es angemessen sei, wenn die Politik die Gelegenheit bekomme, sich mit den unter TOP 3.4 stehenden Ergebnissen zu dem fast vier Jahre alten Beschluss beschäftigen könne. Er fragt, ob eine Vertagung von TOP 3.8 Probleme aufwerfen würde.

AM Ramcke erklärt, dass er unter dem TOP gerne das Thema Bauturbo ansprechen wollen würde.

Der Vorsitzende schlägt vor, das Thema ebenfalls unter diesem TOP anzusprechen und die Vorlage dann zu vertagen.

AM Blankenburg erklärt sich mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass einige Themen, die auf der Tagesordnung stünden, bereits mehrfach vertagt worden seien. Er wolle diese daher vorziehen lassen, damit diese abgearbeitet werden könnten. Er stellt den Antrag, im Anschluss an die Behandlung der Niederschriften TOP 6.4.4 vorzuziehen, anschließend TOP 6.4.3 gemeinsam mit TOP 7.2 aufzurufen und anschließend TOP 6.4.2 aufzurufen. Weiterhin beantragt er, TOP 3.2, TOP 3.2.1 und TOP 6.1.2 gemeinsam zu behandeln.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

AM Stolzenberg bittet darum, den TOP 11.1 auch im öffentlichen Teil aufzurufen.

Der Vorsitzende erklärt, dass er sich bemüht habe, dies zu ermöglichen, aber dies aufgrund des noch laufenden Vergabeverfahrens nicht möglich sei. Sein Vorschlag wäre, nach der Entscheidung über die Vergabe die Gesamtsituation in einer öffentlichen Sitzung zu diskutieren.

AM Stolzenberg erklärt sich hiermit einverstanden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Bauausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.09.2025

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.10.2025

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2025

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

Der Vorsitzende ruft TOP 6.4.4 auf.

zu 3 Beschlussvorlagen

**zu 3.1 Verkehrsentwicklungsplan - Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn
Vorlage: VO/2024/13418**

TOP 3.1, TOP 3.1.1 und TOP 3.1.2 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.1 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung noch einmal darum, die wesentlichen Punkte der Beschlussvorlage zusammenzufassen.

Herr Stolte begründet die Empfehlung der Verwaltung.

Der Vorsitzende begründet die Auffassung der CDU hierzu. Man wolle der Empfehlung der Verwaltung folgen.

AM Ramcke führt aus, dass es in der aktuellen Kooperation Ansichten hierzu gebe, die sich diametral gegenüberstünden. Es sei bedauerlich, dass sich keine Mehrheit zum Thema Stadtbahn finden ließe.

AM Pluschkell erläutert den Standpunkt der SPD-Fraktion. Die SPD werde ebenfalls der Empfehlung der Verwaltung zustimmen.

AM Teschner berichtet, dass die FDP ebenfalls der Empfehlung der Verwaltung folgen wolle.

AM Stolzenberg kritisiert, dass der Umgang mit dem Thema diesem nicht gerecht werden würde. Stattdessen hätte ein Bürgerentscheid organisiert oder das Thema einem Bürgerrat überantwortet werden können.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass aktuell die Befassung mit einem Thema im Fachausschuss stattfindet, derartige Ausführungen seien eher etwas für die Debatte in der Bürgerschaft.

AM Luetkens bedauert, dass hiermit eine große Chance vertan werde. Es gebe keine tragfähige Mehrheit für das Projekt, und dass die gesamte Stadtgesellschaft mitgenommen werden müsse, sei der Grund, warum es nicht funktioniere.

AM Wisotzki weist darauf hin, dass die Umsetzung der Stadtbahn gemäß des Gutachtens technisch möglich sei und der einzige Weg sei, wie der geplante Modal Split erreicht werden könne.

Der Vorsitzende weist vor der Abstimmung auf die negative Formulierung des Beschlussvorschlages hin.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck nimmt die Potenzialanalyse für eine Straßenbahn zur Kenntnis.
2. Die Einführung eines Straßenbahnsystems wird im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) nicht berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	5
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 3.1.1 Kosten-Wirksamkeits-Analyse Zukunftsszenarien ÖPNV
Vorlage: 2024/13418-01-01**

TOP 3.1, TOP 3.1.1 und TOP 3.1.2 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.1 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

Bericht:

Mit dem Antrag VO/2024/13418-01 wurde beschlossen, dass ein Nutzen-Kosten-Vergleich des Straßenbahnszenarios aus dem Teilgutachten „Potenzialanalyse Straßenbahn“ des VEP mit dem nur auf Bussen basierenden „Verkehrswendeszenarios“ durchgeführt wird.

Als Grundlage für die Entscheidung über eine vertiefte Untersuchung der technischen Machbarkeit und einen detaillierten Trassenverlauf wird die Verwaltung beauftragt, als Zwischenschritt folgendes untersuchen zu lassen:

- Nutzen-Kosten-Vergleich der Straßenbahn (~~bei einem Modal Split von 15,5%~~) und des Verkehrswendeszenarios der Busse (~~bei einem Modal Split von 15,5%~~).
- Dabei sind u. a. zu berücksichtigen:
- Notwendige Investitionen in Fahrwege (einschließlich Leitungsverlegung und erschütterungsfreie Untergründe in der Altstadt), Betriebshöfe, Fahrzeuge etc. sowie Betriebskosten und -verluste.
 - Mögliche Fördergelder von EU, Bund und Land, sowie deren Förderbedingungen und Prognose über deren Bestand sowie dynamische Anpassungsmöglichkeiten.
- Nutzen-Kosten-Untersuchung der Brückensanierungen mit Schwerpunkt auf die mögliche Förderung und Förderumfang (bezogen auf einen Denkmalschutz bei den Brücken) durch den Bau einer Straßenbahn und ohne.
 - Zuwachs an erforderlichen Planungs- und Bauressourcen und die damit verbundenen Kosten
 - Unterschiede bei Kosten und Förderung zwischen Straßenbahnen auf eigener Trasse und Mischverkehr
 - Vergleich der Klimaeffekte durch eine E-Bussystem und ein Straßenbahnsystem (Bau und Betrieb)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.1.2 Chancen und Perspektiven durch alternative Systemansätze zur Straßenbahn
Vorlage: VO/2025/14411**

TOP 3.1, TOP 3.1.1 und TOP 3.1.2 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.1 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

Bericht:

Beschluss des Bauausschusses am 18.11.2024 (VO/2024/13418-02):

„Der Bürgermeister wird gebeten, zu berichten (ohne Beteiligung externer Gutachter), welche Möglichkeiten bestehen, um den ÖPNV-Anteil am Modal Split durch alternative Angebote wie einer Regio-S-Bahn mit Nutzung vorhandener Trassen, schienenloser Fahrzeuge, Spurbusse, Gummistraßenbahnen, High-Capacity-Busse, die beispielsweise in Malmö und Trondheim eingesetzten Trambusse (Hersteller Van Hool) oder durch Einsatz von perspektivisch autonom fahrenden Minibussen bzw. Minitaxen zu steigern.“

Der vorliegende Bericht beantwortet die aufgeworfenen Fragestellungen in ausführlicher Form.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

<p>zu 3.2 Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025 Vorlage: VO/2025/14057</p>

TOP 3.2, TOP 3.2.1 und TOP 3.2.2 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.2 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

AM Pluschkell beantragt die Vertagung von TOP 3.2, TOP 3.2.1 und TOP 3.2.2, da man sich noch nicht mit dem Änderungsantrag unter TOP 3.2.2 habe auseinandergesetzt.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Für die Vertagung: 15 Stimmen

Der Bauausschuss stimmt dem Vertagungsantrag einstimmig zu.

Herr Stolte fragt, ob die Formulierung „bauleitplanerisch umgesetzt“ im Antrag unter TOP 3.12 sich auch auf den F-Plan beziehe, da dieses Wording üblicherweise nur im Kontext eines B-Planes genutzt werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass es auch um den F-Plan gehe.

AM Ramcke stimmt zu, dass die Flächen weiterhin im F-Plan ausgewiesen werden sollen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.2.1 AM Dr. Lengen: Änderungsantrag zu Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025
Vorlage: VO/2025/14057-01

TOP 3.2, TOP 3.2.1 und TOP 3.2.2 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.2 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.2.2 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Dr. Ulrich Brock (CDU), AM Dan Teschner (FDP): ÄÄ zu VO/2025/14057 Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025
Vorlage: VO/2025/14057-03

TOP 3.2, TOP 3.2.1 und TOP 3.2.2 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.2 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.3 Erhaltungsstrategie Fahrbahnen
Vorlage: VO/2025/14616

Gemäß TOP 1 vertagt.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

<p>zu 3.4 Strategische Neuordnung der Hafenverwaltung im PORT OF LÜBECK Vorlage: VO/2022/11476-01</p>
--

AM Ramcke fragt, was mit den Mitarbeitenden der Hafenbehörde passieren solle. Senatorin Hagen antwortet, dass die Aufgaben und Personen im Fachbereich Planen und Bauen verbleiben würden.

AM Ramcke erkundigt sich, ob die Liegenschaften weiterhin in städtischem Besitz verbleiben würden.

Herr Kaschel antwortet, dass die Besitzverhältnisse nicht verändert werden würden.

AM Pluschkell möchte wissen, welche Konsequenzen dieser Beschluss für den Bauausschuss hätte, ob etwa eine Neuwahl erforderlich sei.

Der Vorsitzende ergänzt um die Frage, wie sich die Aufgaben des Ausschusses in Zukunft verändern würden.

Herr Kaschel erläutert, dass die Zusammensetzung des Ausschusses Sache der Bürgerschaft sei. Die rechtlichen Grundlagen ergäben sich aus der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung, welche der Vorlage beiliege. Der Ausschuss habe die Aufsicht über die Werksleitung und die Besetzung sei Sache der Politik. Ein Bericht habe mindestens quartalsweise zu erfolgen. Der Werksausschuss der EBL etwa tages monatlich.

AM Pluschkell fragt, ob das Prozedere bestehen bleibe, dass der Bauausschuss Empfehlungen abgebe und der Hauptausschuss die Entscheidung treffe.

Senatorin Hagen entgegnet, dass in diesem Fall dann der Werksausschuss für Entscheidungen zuständig sei.

AM Luetkens bittet um Informationen darüber, was mit den Mitarbeitenden passiere, welche Position der Personalrat vertrete und ob es ein Statement der Gewerkschaft gebe.

Herr Kaschel führt aus, dass sich für die Mitarbeitenden nichts ändere, da sie weiterhin Mitarbeitende der Hansestadt Lübeck bleiben würden. An den Arbeitsplätzen würde sich auch erstmal nichts ändern, außer es würden besondere Funktionen aufgebaut werden, die zu einer Neubewertung der Stellen führen würden. Mit dem Personalrat gebe es einen Termin zur Abstimmung.

Senatorin Hagen ergänzt, dass noch kein Beschluss vorliege, sondern die Verwaltung bislang nur ein Vorhaben präsentiere. Mit dem Beschluss werde die Beteiligung verstärkt. Für den Eigenbetrieb sei zudem ein eigener Personalrat vorgesehen. Die Beschäftigten der LPA seien in einer Teilpersonalversammlung am 07.10.2025 über das Vorhaben informiert worden. Zudem seien die weiteren Mitarbeitenden des Fachbereich Planen und Bauen in der Personalversammlung in der vergangenen Woche über das Vorhaben informiert worden.

AM Stolzenberg betont, dass es für den Beschluss eines solchen Vorhabens wichtig sei, eine breite Basis zu erreichen. Am besten werde hierzu die Hafenwirtschaft eingeladen. Er fragt, wie sich in Zukunft das Verhältnis zu dem Hafentreiber gestalten, ob es hierzu zukünftig eine andere Verfahrensweise oder Unterscheide zu der bisherigen Konstellation gebe, welche größere Freiheit erwartet werde, um Investitionsentscheidungen treffen zu können, und wer zukünftig die Hafenbehörde werde.

Herr Kaschel berichtet, dass die AG Hafenenwicklung Hafenenwicklungstendenzen für den Umschlag von Waren berate, also rein fachliche Fragen, während es sich bei dem vorliegenden Vorhaben um eine Veränderung der Organisationsstruktur handle, die im Rahmen dieser AG nicht behandelt werden würden. In der Außenwirkung und auch im Verhältnis zur LHG würde sich hierdurch nichts verändern. In der Aufgabenstellung sollte der öffentliche Hafen beleuchtet werden, was unternommen wurde. Was private Hafenunternehmen machen würden, sei hierfür unerheblich, da diese nicht Teil der öffentlichen Hafenumflächen seien, auch wenn es natürlich Verknüpfungen gebe. Die Veränderung sei auch Teil der EU-Vorgaben, nach der keine Zuschussgeschäfte oder Subventionen unternommen werden dürften. Weiterhin bestehe die Erwartung, dass die Kreditobergrenzen des Haushalts nicht durch die zukünftigen Investitionen des Hafenbetriebs belastet werden würden, ohne dass das Refinanzierungsprinzip tangiert werden würde. Die Tätigkeiten der Hafenbehörde könnten nicht durch den Eigenbetrieb übernommen werden, weswegen die Hafenbehörde, vertreten durch den Hafenkapitän, welcher bereits heute schon fachrechtlich selbstständig sei, weiterhin in der Kernverwaltung des Fachbereich Planen und Bauen verbleibe. Senatorin Hagen ergänzt, dass rechtzeitig festgelegt werden würde, wo diese Aufgaben angesiedelt werden könnten.

AM Kohlfaerber sagt, dass sie wissen wolle, wenn die Immobilien weiterhin im Eigentum der Stadt seien, ob diese zukünftig in der Bilanz des Eigenbetriebes stehen würden. Außerdem fragt sie, ob Beispiele genannt werden könnten, wie die Strukturen in anderen Häfen seien, da ihrem Verständnis nach mit diesem Vorhaben nur ein Schritt getätigt werden solle, den andere Häfen längst vollzogen hätten.

Herr Kaschel erklärt, dass er die Strukturen gerne nochmal erläutern könne, die Immobilien in der Tat aber weiterhin im Eigentum der Hansestadt Lübeck verblieben und zur Bilanz des Eigenbetriebes gehören würden. Bezüglich der Strukturen in anderen Häfen verhalte es sich so, dass es aufgrund europarechtlicher Vorgaben in den meisten Häfen 2005/2006 einen Umbruch gegeben habe. Er benennt als Beispiele die Häfen in Bremen, Hamburg, Rostock und Kiel, sowie die Landesgesellschaft für Häfen in Niedersachsen. Tatsächlich sei Schleswig-Holstein das einzige Bundesland, in dem das Land selber nicht an den großen Häfen beteiligt sei. Die Strukturen der Häfen könnten kaum verglichen werden, da diese alle unterschiedlich seien, und auch die Hafenorganisation in der Lübecker Form gebe es so nur hier.

AM Mauritz fragt, wie es sich mit der Förderfähigkeit verhalte. Weiterhin erkundigt er sich, ob es möglich sei, Fremdkapital mit Bürgschaft der Hansestadt Lübeck zu erhalten. Weiterhin fragt er, ob es bei der Verteilung der Flächen in Schlutup Veränderungen geben werde.

AM Kaschel erläutert, dass der Erhalt der Förderfähigkeit eine der wichtigsten Angelegenheiten in diesem Vorhaben gewesen sei, und diese auch bestehen bleibe. Bürgschaften könne es nicht geben, da der Eigenbetrieb der Stadt gehöre.

AM Mauritz fügt an, dass die Stadt Bürgschaften gegeben habe, um Kapital zu erhalten.

Herr Kaschel entgegnet, dass die Stadt herangezogen werde, um Kreditlinien aufzubauen. Bezüglich der Frage nach dem Flächen in Schlutup könne er sagen, dass das Thema des Flächenerwerbs auch im Entwurf der Betriebssatzung behandelt werde. Die Flächen in Schlutup und die Eigentumsverhältnisse seien aber so historisch gewachsen.

Der Vorsitzende fragt, ob die Anfragen von BM Rohlf, die unter TOP 6.2.5 stehen, direkt beantwortet werden könnten.

Herr Kaschel beantwortet die Fragen aus der Anfrage. Die Antworten können unter TOP 6.2.5 eingesehen werden.

Der Vorsitzende erkundigt sich, warum die Anpassung der ERP-Software erst ein Jahr später umgesetzt werden solle und ob die Gründung einer Kapitalgesellschaft als Alternative erwogen worden sei.

Herr Kaschel antwortet, dass die gleichzeitige Einführung einer neuen ERP-Software angesichts der notwendigen Beschaffung und der Anpassung der Prozesse eine große Herausforderung wäre. Da der Jahresbeginn 2027 als wesentlicher Startpunkt angesehen werde, sei erwogen worden, welche Prozesse bis zum Start angepasst werden sollten. Im Ergebnis

wurde sich dafür entschieden, die Einführung einer neuen ERP-Lösung erst im Nachgang durchzuführen. Die Gründung einer Kapitalgesellschaft sei als Alternative ausgeschlossen worden, da die Grundstücke und die Infrastruktur weiterhin Bestandteil des städtischen Vermögens sein sollten und keine Grunderwerbssteuer ausgelöst werden sollte. Weiterhin solle der Betrieb auch nicht einer Insolvenzfähigkeit ausgesetzt werden.

Senatorin Hagen weist darauf hin, dass, wenn man sich für eine neue Lösung entscheidet, man berücksichtigen müsse, dass das alte und das neue System gleichzeitig betrieben werden müssten für die Planung und die Ablösung. Dies könne nicht über mehrere Jahre aufrecht gehalten werden.

Der Vorsitzende konstatiert, dass er noch Beratungsbedarf sehe und die Vorlage am liebsten vertagen würde. Eine Weitergabe ohne Votum würde er nicht für angebracht halten, da der Bauausschuss laut der Vorlage als zuständiger Ausschuss vorgesehen sei. Er möchte wissen, wie es mit den Zeitläufen für die Verwaltung aussehe.

Herr Kaschel antwortet, dass eine Vertagung eine Verzögerung bis in den Januar bedeuten würde.

AM Blankenburg sagt, dass es sich um eine massive Entscheidung handle, die die Bauausschussmitglieder auch in die Fraktionen tragen müssten. Sie sehe es immer schwierig, wenn bei derartigen Entscheidungen keine einmalige Vertagung möglich sei.

Der Vorsitzende stimmt ihr zu, merkt dazu aber an, dass es unklar sei, wie eine solche Fraktionsentscheidung innerhalb einer Woche erzeugt werden solle.

AM Ramcke betont, dass es erstmal nur darum gehe, ein Signal zu senden, dass das Vorhaben weitergehen könne. Wie weiter auf das Vorhaben eingewirkt werde, bleibe offen. Aus seiner Sicht sei es ein gangbarer Weg.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 18:36.

Die Sitzung wird um 18:41 Uhr fortgesetzt.

Der Vorsitzende beantragt, den TOP zu verlassen, um ihn im Anschluss an die nichtöffentliche Beratung wieder im öffentlichen Teil aufzurufen. Ein anderes Vorgehen sei nicht seriös.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der TOP wird im Anschluss an den nichtöffentlichen Teil wieder durch den Vorsitzenden aufgerufen. Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Entscheidung trifft die Bürgerschaft:

1. Der Bericht zur strategischen Neuordnung der Hafenverwaltung auf der Grundlage des Bürgerschaftsbeschlusses VO/2022/10783 vom 25.02.2022 gemäß Anlage 2 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die wirtschaftlichen Tätigkeiten des Bereichs Lübeck Port Authority werden mit Wirkung zum 01.01.2027 in der Organisationsform eines Eigenbetriebs gemäß § 106 Gemeindeordnung (GO) zusammengefasst. Die als Anlage 3 beigefügte Betriebssatzung mit einem Stammkapital von 5.000.000,00 € wird beschlossen. Die Bezeichnung des Eigenbetriebs lautet „Eigenbetrieb Hafen Lübeck“ (EHL).
3. Die im städtischen Eigentum befindlichen Hafengrundstücke samt Hafeninfr- und Hafensuprastruktur, Gebäuden und sonstigen immobilien wie mobilen Einrichtungen oder Gegenständen werden dem Betriebsvermögen des Eigenbetriebs zugeordnet.
4. Zuständiger Werkausschuss ist der Ausschuss für Bauen und Hafen (bisher Bauausschuss). Die Hauptsatzung ist entsprechend anzupassen.

5. Die Zuständigkeit für die Festsetzung privatrechtlicher Entgelte des Eigenbetriebs wird dem Ausschuss für Bauen und Hafen übertragen. Die Hauptsatzung ist entsprechend anzupassen.

Entscheidung trifft der Hauptausschuss, vorbehaltlich der Zustimmung der Bürgerschaft zu den Beschlusspunkten 1-5:

6. Zur Werkleitung wird der Mitarbeiter der Hansestadt Lübeck Herr Guido Kaschel bestellt.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 3.5 Änderung der Entgeltliste und der Allgemeinen Tarif- und Nutzungsbedingungen für die Häfen in der Verwaltung der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2025/14657**

Beschluss:

Die als Anlage 3 beigefügte Neufassung der „Entgeltliste für die Nutzung der Häfen in der Verwaltung der Hansestadt Lübeck“ sowie die in der Anlage 2 aufgeführten Änderungen der „Allgemeinen Tarif- und Nutzungsbedingungen für die Häfen in der Verwaltung der Hansestadt Lübeck“ werden beschlossen und treten am 01.01.2026 in Kraft.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 3.6 Bebauungsplan 32.07.00 - Fischereihafen/Baggersand, Teilbereich West - Beschluss über ergänzendes Verfahren und erneuter Satzungsbeschluss

AM Kohlfaerber stellt den Antrag, die Vorlage zu vertagen und bittet um Überprüfung der Inhalte. In der textlichen Beschreibung scheinen die Bezeichnungen der Gewerbegebiete 1, 2, 3 und 4 durcheinander zu sein und es bestünden Zweifel, ob der B-Plan in der vorliegenden Form den aktuellen Anforderungen entspreche.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Für die Vertagung: 15 Stimmen

Der Bauausschuss beschließt einstimmig, die Vorlage zu vertagen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.7 Abschluss der planerischen Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme "Nord-West" und Ausstieg aus der weiterführenden Teilnahme am Städtebauförderungsprogramm
Vorlage: VO/2025/14646

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.8 Wohnungsmarktstrategie Lübeck
Vorlage: VO/2025/14628

Hierzu reden der Vorsitzende, Frau Belchhaus, wieder der Vorsitzende, Senatorin Hagen, wieder der Vorsitzende, wieder Senatorin Hagen und wieder der Vorsitzende.

Der Vorsitzende bittet darum, das Thema des Bauturbos mit aufzunehmen und zu beleuchten, wie dieses Instrument genutzt werden könne.
 Frau Belchhaus antwortet, dass die Verwaltung hierzu einen Grundsatzbeschluss erarbeite. Dieser würde im kommenden Jahr vorgelegt werden.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, den TOP in das 1. Quartal 2026 zu vertagen.

Für den Antrag: 15 Stimmen

Der Bauausschuss stimmt der Vertagung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 3.9 Außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. § 82 I GO für das Haushaltsjahr 2025 im Produkt 111029 Gebäudemanagement für die Maßnahme Errichtung Interimsschule Kanalstraße auf der Parkplatzfläche P1
 Vorlage: VO/2025/14676**

Beschluss:

Der anteiligen Mitteldeckung im Haushaltsjahr 2025 in Höhe von 1,7 Mio. Euro für den außerplanmäßigen Ankauf der Modulschule als Interimsschule an der Kanalstraße auf der Parkplatzfläche P1 des PSK 111029 608 7851000 erfolgt durch ungeplante Mehreinzahlungen von Fördermitteln aus dem PSK 111029 543 7851000 „Grundschule am Koggenweg“ (Mensa) in Höhe von rd. 1,5 Mio. Euro sowie aus verfügbaren Mitteln im PSK 111029 558 7851000 „Hansehalle Ertüchtigung Bundesliga“ in Höhe von rund 200.000 Euro wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 5 Berichte

**zu 5.1 Ergebnis der Organisationsuntersuchung Technisches Gebäudemanagement
Vorlage: VO/2025/14168**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.1.1 Antwort auf die Anfrage des AM Arne-Matz Ramcke (Bündnis 90/Die Grünen)
zur Organisationsuntersuchung technisches Gebäudemanagement
Vorlage: VO/2025/14472-01**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Ergebnis der Überprüfung der tarifrechtlichen Eingruppierung der Reini-
gungskräfte in der Unterhaltsreinigung der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2025/14516**

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortmeldungen, der Vorsitzende, Herr Bunk AM, Mauritz, und AM Stolzenberg.

Bericht:

Die Tätigkeiten der Stammkräfte, Springkräfte sowie Vorarbeiter:innen der Unterhaltsreinigung haben sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Aus diesem Grund hat der Bereich 5.651 Gebäudemanagement (GMHL) eine Überprüfung der tariflichen Eingruppierung veranlasst. Nach dem Ergebnis der Stellenbewertung sind höherwertige Tätigkeitsmerkmale erfüllt. Demzufolge ist eine höhere Ausweisung der Planstellen vorzunehmen und die Beschäftigten sind nach Übertragung entsprechender Tätigkeiten höher zu gruppieren.

Der nachfolgende Bericht informiert über die Ausgangslage der Stellenbewertung, die aktuellen Aufgaben der Unterhaltsreinigung sowie deren tarifrechtlichen Bewertung und gibt einen Ausblick auf die Auswirkungen der Höhergruppierung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Lübeck-Travemünde, Priwall - Kohlenhofkai
Bericht zur Vorplanung für die Umgestaltung
Vorlage: VO/2025/14370**

Bericht:

Gemäß Beschluss der Bürgerschaft vom 27.02.2020 zum Priwall Kohlenhof bleibt dieser entgegen vorangegangener Planungen unbebaut (Vorlage Nr. [VO/2019/08350-01](#)). Konkret heißt es im Beschluss: „Die Flächen des sogenannten Kohlenhofkais außerhalb des Untersuchungsgebietes zum LSG werden nicht zum Landschaftsschutzgebiet. Das Areal wird nicht bebaut. Es wird als Multifunktionsfläche für Einheimische und Touristen freiraumplanerisch gestaltet und entwickelt. Mit dieser Aufgabe wurde der Fachbereich 5, Planen und Bauen betraut.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.4 Zwischenbericht "Fahrschein gegen Führerschein" - Durchlauf 2023
Vorlage: VO/2025/14602**

Hierzu reden AM Luetkens, der Vorsitzende, wieder AM Luetkens und wieder der Vorsitzen-
de.

Bericht:

In der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck wurde am 26.08.2021 die VO/2021/09951 „Fahr-
schein gegen Führerschein“ zur Kenntnis genommen und die VO/2021/09951-01-03 be-
schlossen. Dabei wurde der Bürgermeister ermächtigt, entsprechend des Vorschlags der
Verwaltung in Lübeck einen Modellversuch "Fahrschein gegen Führerschein", beginnend in
2022, durchzuführen. Im Rahmen dieses zunächst auf 3 Jahre befristeten Modellversuchs
sollten seitens der Hansestadt Lübeck 500 ÖPNV-Jahreskarten (Abo-Monatstickets) der
Preisstufe 2 an alle Lübecker Bürger:innen abgegeben werden, die im Gegenzug ihre Kfz-Fah-
rerlaubnis abgeben mussten.

Mit der Einführung des Deutschlandtickets konnten die Teilnehmenden wahlweise von den
Abo-Monatstickets zu Deutschlandtickets wechseln. Alle Mittel waren bereits nach 4 Mona-
ten aufgebraucht.

Aufgrund der starken Nachfrage wurde am 28.03.2023 mit der VO/2023/11947 eine Fortfüh-
rung der Aktion beschlossen. Für die nächsten drei Jahre sollten pro Jahr 500 zusätzliche
Tickets zur Verfügung gestellt werden. Der erneute Start der Aktion in 2023 wurde auf den
Tag der Einführung des Deutschlandtickets, den 01.05.2023, gelegt, womit im Rahmen der
Aktion nur noch Deutschlandtickets vergeben wurden. Anträge konnten bereits im April ein-
gereicht werden.

Aufgrund der sehr hohen Nachfrage im April 2023, wo mehr als 80 % der verfügbaren Ti-
ckets für das Jahr vergeben wurden, wurde am 29.06.2023 mit der VO/2023/12248 für 2023
eine zusätzliche Bereitstellung von weiteren 500 Tickets zur Kenntnis genommen.

Über den Erfolg des ersten Projektzeitraums aus 2022 wurde in der VO/2024/13021 „Zwi-
schenbericht „Fahrschein gegen Führerschein“ berichten. Da die Laufzeit der Teilnahme ein
Jahr beträgt, endete die Teilnahme jener, die in 2023 an der Aktion teilnahmen, zum Jah-
reswechsel 2024/25. Damit liegen die Auswertungen für den Projektzeitraum aus dem Jahr
2023 jetzt vor.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.5 Eckpunktepapier Parken: Digitale Lösungen für Anwohner-Parksuchverkehr

und die Vermittlung privater Parkflächen
Vorlage: 3/11836-02-01-01

AM Ramcke fragt, warum die Daten zu den Parkflächen nur auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden würden, anstatt diese einfach generell offen zur Verfügung zu stellen.
Herr Stolte sagt eine Antwort zur Niederschrift zu.

Antwort nachträglich zur Niederschrift:

Eine Veröffentlichung wurde bisher nicht umgesetzt, wäre aber möglich.

Bericht:

Beschluss der Bürgerschaft zum Parken in Lübeck – Eckpunktepapier Parken Punkt 3, Punkt 4 und Punkt 5 (VO/2023/11836-02-01)

Der Bürgermeister wird gebeten,

3. eine Konzeptidee zu entwickeln und der Bürgerschaft hierüber bis zur Sitzung im Juni 2024 zu berichten, das Digitalisierung nutzt, um freie Parkflächen im Straßenraum anzuzeigen und so Parksuchverkehr zu reduzieren.
4. ein Grobkonzept für eine App zu entwickeln und der Bürgerschaft hierüber bis zur Sitzung im Juni 2024 zu berichten, mit der behördliche und gewerbliche Parkflächen außerhalb der üblichen Geschäftszeiten für private Nutzungen vermittelt werden können. Dafür ist auch eine grobe Abschätzung des potentiellen Angebotes solcher Parkplätze durchzuführen.
5. als Gesellschaftsvertreter darauf hinzuwirken, dass die KWL ihre vorhandenen Daten für die Belegung der Parkflächen anderen Kartendiensten zur Verfügung stellt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.6 Jahresbericht 2024 über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2025/14645

Bericht:

Verpflichtung zur Veröffentlichung eines jährlichen Berichtes über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen gemäß Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlamentes und des Rates in der Fassung vom 24.12.2017.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.7 Änderung Dienstleistungskonzessionsvertrag über die Errichtung und den Betrieb von Ladestationen
Vorlage: VO/2025/14644**

Bericht:

Der Ausbau der Ladeinfrastruktur schreitet schnell voran. Aktuell hinkt der Markthochlauf für Elektrofahrzeuge jedoch dem Ladeinfrastrukturausbau hinterher. Deshalb hat die Stadtwerke Lübeck Innovation GmbH das Anliegen, das Tempo beim Ausbau der Ladeinfrastruktur zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 6.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

**zu 6.1.1 Antwort auf die Anfrage des AM Arne-Matz Ramcke (Bündnis 90/Die Grünen) zur Erweiterung des Lehmannkais
Vorlage: VO/2025/14371-01**

AM Ramcke bedankt sich für die Antwort, kritisiert aber, dass nicht dargelegt wurde, warum die Erforderlichkeit zwingend sei. Es werde lediglich konstatiert, dass es für die Entwicklung des Hafens notwendig sei, aber die Gründe wurden hierfür nicht genannt. Herr Kaschel sagt eine Antwort zur Niederschrift zu.

Antwort nachträglich zur Niederschrift:

Der in der Vorlage VO/2020/08588, insbesondere in Anlage 2, S. 144 ff. dargestellte Entwicklungstrend ist weiterhin Grundlage der Hafentwicklungsstrategie der Hansestadt Lübeck. Eine anderweitige Verortung der Ladungspakete und -mengen aus der Seeverkehrsprognose ist mangels Flächenalternativen nicht möglich.

Hierzu reden noch AM Wisotzki, Herr Kaschel, Senatorin Hagen, AM Ramcke, und wieder Herr Kaschel.

Anfrage:

Anfrage des AM Arne-Matz Ramcke (Bündnis 90/Die Grünen) im Bauausschuss am 07.07.2025 (VO/2025/14371)

Die LPA hat in ihrer Stellungnahme im Planfeststellungsverfahren (PFV) für die Erweiterung des Lehmannkais (Lehmannkai 1+) angegeben:

“Aus hafententwicklungstechnischer Sicht ist das Planvorhaben Lehmannkai 1+ für den Port of Lübeck **zwingend erforderlich**.” (Hervorhebung des Anfragenden)

1. Wie schätzt die Verwaltung aktuell den Auslastungsgrad der Mittelhäfen in Dänischburg-Siems und Schlutup ein?
2. In welchem Umfang lässt sich die Kapazität der Mittelhäfen in Dänischburg-Siems und Schlutup durch zusätzliches Personal und Investitionen in Automatisierung und Digitalisierung bis 2040 steigern?
3. Die neue Seeverkehrsprognose des Bundes von Mai 2025 erwartet für den Lübecker Hafen eine Steigerung des Umschlages bis 2040 von insgesamt nur noch 12% ggü. 2019 und von insgesamt nur noch 4% ggü. 2010.
4. Sieht die Verwaltung die Notwendigkeit, ihre o.a. Stellungnahme im PFV vor dem Hintergrund dieser neuen Prognose und den Antworten zu 1) und 2) zu korrigieren? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, in welcher Form und wann beabsichtigt die Verwaltung eine Korrektur ihrer Stellungnahme im PFV?

Antwort:

1. *Wie schätzt die Verwaltung aktuell den Auslastungsgrad der Mittelhäfen in Dänischburg-Siems und Schlutup ein?*

Antwort

Der aktuelle Auslastungsgrad in den Mittelhäfen lässt sich so einfach nicht bestimmen und aussagen. Er ist abhängig von dem jeweiligen Umschlagpaket und deren zugehörigen betrieblichen Kennwerten. Im Rahmen der Bearbeitung des HEP2030 haben wir auf der Basis der im HEP 2030 zugeordneten Umschlagpakete Auslastungsgrade und Kapazitätsreserven bei gleichbleibenden Umschlaggeschäft bestimmt und auf dem volkswirtschaftlichen Level ermittelt.

Ein erster Indikator kann selbstverständlich die Umschlagmenge pro Jahr darstellen, wobei diese insbesondere bei dem Umschlagpaket Forstprodukte maßgeblich die Lagerverweildauern für die Kapazität beeinflusst. Das wird im Rahmen der Masterpläne mit aktuellen Betriebsdaten genauer untersucht. Als Beispiel ist die Umschlagmenge am Schlutupkai 2 gegenüber der Bearbeitung des HEP2030 deutlich zurückgegangen, jedoch sind die Lagerungszeiten der Papierprodukte deutlich gestiegen. Für die privatbewirtschafteten Terminals der Firma Lehmann liegen hierzu keine aktuellen und spezifischen Betriebsdaten vor. Das wird im Rahmen der Masterplanbearbeitung dieses Jahr bearbeitet. Grundsätzlich lässt sich aussagen, dass der städtische Seelandkai, der von der LHG betrieben wird, ein solides und stabiles Ergebnis hinsichtlich Auslastung aufweist.

- 2. In welchem Umfang lässt sich die Kapazität der Mittelhäfen in Dänischburg-Siems und Schlutup durch zusätzliches Personal und Investitionen in Automatisierung und Digitalisierung bis 2040 steigern?*

Antwort

Der Umfang beziehungsweise die Möglichkeiten von Kapazitätssteigerungen durch zusätzliches Personal bzw. durch Investitionen in Automatisierung und Digitalisierung lässt sich aus der strategischen Betrachtungsrichtung nicht einwandfrei qualifizieren. Im Rahmen der Bearbeitung des HEP2030 haben wir eine Steigerung der Flächenkapazitäten durch Digitalisierung pauschal zwischen 0 bis 15 Prozent in Abhängigkeit der verschiedenen Hafenterminalnutzungen vorausgesetzt, um die zukünftige Neufächeninanspruchnahme für den Hafen zu optimieren.

Eine Automatisierung von Umschlagsprozessen in dem Geschäftsfeld RoRo/RoPax lässt sich aufgrund der Komplexität der Be- und Entladevorgänge u. a. zwischen den einzelnen Verkehrsgruppen (begleiteter Verkehr und unbegleiteter Verkehr) eher schwer realisieren. Hier gibt es zumeist nur Möglichkeiten der Automatisierung im Rahmen der Check-in Abfertigung. Es handelt sich bei dieser Fragestellung grundsätzlich um eine Frage, des Hafenbetriebs, die mit Hafenbetreibenden zu diskutieren wäre. Als weitere Anmerkung sei gegeben, dass Personaleinsatz und weitere betriebliche Optimierungen nicht von der strategischen Hafenentwicklung beantwortet bzw. bestimmt werden können.

- 3. Die neue Seeverkehrsprognose des Bundes von Mai 2025 erwartet für den Lübecker Hafen eine Steigerung des Umschlages bis 2040 von insgesamt nur noch 12% ggü. 2019 und von insgesamt nur noch 4% ggü. 2010.*

Antwort

Die benannten nur noch leichten Steigerungen der Umschlagmenge in der aktuellen Fortschreibung der Seeverkehrsprognose sind Gegenstand der weiteren fachlichen Befassung. Wie wir bereits in unserem Statusbericht zum Hafenentwicklungsplan 2023/2024 (VO/2025/13947) benannt haben, werden wir diese Fortschreibung der Seeverkehrsprognose in einem ersten Schritt auf Plausibilität prüfen – vergleichbar mit der Plausibilitätsprüfung und Fortschreibung der Seeverkehrsprognose 2013, die als Grundlage für den HEP2030 gedient hat. Die Seeverkehrsprognose des Bundes weist für den Standort ein stetiges Wachstum aus. Auch wir gehen davon aus, dass das volkswirtschaftlich angezeigte zukünftige Wachstum des Port of Lübeck zunächst positiv zu bewerten ist. Nach Vorliegen unserer

Plausibilitätsergebnisse werden wir entsprechend berichten. Die Überprüfung und Anpassung der Bundesprognose für Lübeck wird voraussichtlich im Frühjahr 2026 vorliegen.

4. *Sieht die Verwaltung die Notwendigkeit, ihre o.a. Stellungnahme im PFV vor dem Hintergrund dieser neuen Prognose und den Antworten zu 1) und 2) zu korrigieren? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, in welcher Form und wann beabsichtigt die Verwaltung eine Korrektur ihrer Stellungnahme im PFV?*

Antwort

Im HEP wurde beschrieben, dass neben einem grundsätzlichen Marktwachstum im Ostseeraum zwei weitere Trends bestehen, die für die Entwicklung des Hafenstandorts Lübeck wesentlich sind. Zum einen verursacht das Schiffsgrößenwachstum einen Anstieg der bestehenden Verkehrsspitzen und zum anderen ist eine Verlagerung von Ladungspaketen innerhalb des Standorts in Richtung Travemündung abzulesen, der sich zudem zukünftig fortsetzen wird.

Im HEP sind nur 2 größere externe Flächenerweiterungen dargestellt (in den Mittelhäfen mit dem ehemaligen Kohlekraftwerkstandort und am Skandinavienkai mit der Borndieksentwicklung), sie dienen grundsätzlich der langfristigen und nachhaltigen Stärkung der Hafenstandorte sowie der Sicherung und des Ausbaus seiner Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb sehen wir es weiterhin als zwingend an, den Hafen- und Logistikstandort Lübeck u. a. mit dem Vorhaben Lehmannkai 1+ weiterzuentwickeln.

Die betriebswirtschaftliche Bewertung des Vorhabens obliegt dem Vorhabenträger. Denn es handelt es sich bei der Baumaßnahme „Erweiterungsmaßnahme Lehmannkai 1+“ um eine Hafenerweiterung eines privaten Unternehmens. Im Rahmen der Erreichung eines Planfeststellungsbeschlusses nach Landeswassergesetz zur baulichen Umsetzung ist von dem Vorhabenträger eine schlüssige Bedarfsbegründung bei der zuständigen Genehmigungsbehörde vorzulegen. Der Genehmigungsbehörde obliegt hierbei die Aufgabe der Prüfung, Abwägung und Feststellung, ob die vorgelegte Bedarfsbegründung hinreichend für eine entsprechende Umsetzung des Vorhabens mit allen betroffenen Belangen ist. Aus verwaltungsrechtlicher Sicht hat die Genehmigungsbehörde die Aufgabe diese Bedarfsbegründung – falls noch nicht hinreichend genug – vom Vorhabensträger nachbessern oder ergänzen zu lassen.

Für die LPA spielen betriebswirtschaftliche und unternehmensstrategische Entscheidungen des Unternehmens die wesentliche Rolle. Nach Einschätzung der LPA ist auch die ehemalige E.ON-Fläche (Lehmannkai 1+) im direkten angrenzenden Travebereich weiterhin und auch zukünftig eine Hafenerweiterungsfläche, die über den Flächennutzungsplan entsprechend städtebaulich und stadtentwicklungstechnisch für die Zukunft zu reservieren ist.

Zum Vorhaben liegen derzeit keine geänderten wesentlichen und grundsätzlichen Erkenntnisse vor. Demzufolge sieht sich die Lübeck Port Authority derzeit nicht veranlasst eine ergänzende oder geänderte Einschätzung zur Umsetzung der Hafenerweiterungsmaßnahme „Lehmannkai 1+“ aus hafenerweiterungstechnischer Sicht aufzustellen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	

**zu 6.1.2 Antwort auf Anfrage des AM Katja Mentz (GAL), Anfrage zum Kleingartenentwicklungs-konzept, Kleingartenkonzept Teil II
Vorlage: VO/2025/14632-01**

Anfrage:

Anfrage des AM Katja Mentz (GAL) im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 07.10.2025 (VO/2025/14632)

1. Wie hoch waren die Kosten für Entschädigung, Räumung des Geländes und ggf. Beseitigung von Schadstoffen im Boden, die von der Hansestadt Lübeck und / oder KWL getragen wurden, als Kleingartenflächen in Buntekuh und im KGV Lauerhof, Feld 1 aufgegeben wurden und an die Stadt zurückfielen?
2. Wie genau lautet der Bürgerschaftsbeschluss, der (nach eigener Erinnerung) in der Wahlperiode 2008-2013 getroffen wurde und inhaltlich besagt, dass Kleingartenflächen nur bei Zustimmung des jeweiligen KGV-Vorstands aufgegeben und einer anderen Flächennutzung zugeführt werden können?
3. In dem Bericht „Kleingartenentwicklungskonzept, Kleingartenkonzept Teil II, Anlage zu VO/2025/14057, wird auf Seite 42 über das Kleingartengelände Lauerhof geschrieben: „Die Nachfragesituation und der Zustand hat sich seitdem jedoch nicht verbessert.“

Auf Seite 43 steht im zweiten Absatz: „Es gibt Bereiche, die von dauerhaftem Leerstand und Grünbildung geprägt sind. Verfallene Hütten und Müll wurden jedoch nicht geräumt. Offenbar werden die entsprechenden Parzellen nicht mehr der kleingärtnerischen Nutzung zugeführt oder der Aufwand ist zu groß, diese wieder in einem angemessenen Zustand herzustellen.“

Frage: Wann wurde im Zuge der Erstellung des Berichts Kleingartenkonzept Teil II mit dem Vorstand des KGV Lauerhof gesprochen? Wann wurde die letzte Besichtigung der KGV-Flächen vorgenommen?

4. Wurde mit den Vorstandsmitgliedern der weiteren Kleingartenvereine, die in der Kategorie E 3 (Erhalt mit Umstrukturierungs- bzw. Umnutzungspotenzial in Teilbereichen) und E 4 (Umnutzung der Anlage) aufgeführt sind, gesprochen? Wenn ja, wann und mit welchen Ergebnissen?

Antwort:

1. *Wie hoch waren die Kosten für Entschädigung, Räumung des Geländes und ggf. Beseitigung von Schadstoffen im Boden, die von der Hansestadt Lübeck und/oder KWL getragen wurden, als Kleingartenflächen in Buntekuh und im KGV Lauerhof, Feld 1 aufgegeben wurden und an die Stadt zurückfielen?*

Antwort

Für den KGV Lauerhof wurden 2016 428.444 EUR Entschädigung gezahlt. Für die Beräumung der Flächen, Abbruch und Abtransport von Abfall etc. wurden weitere 395.090 EUR gezahlt.

Für die Anlage Buntekuh hat die Hansestadt Lübeck 305.715 EUR Entschädigung gezahlt. Die KWL musste bislang 363.997 EUR für Beräumung und Entsorgung aufbringen. Da die Räumungsarbeit noch nicht abgeschlossen sind, ist eine endgültige Aufstellung der Kosten noch nicht möglich.

- 2. Wie genau lautet der Bürgerschaftsbeschluss, der (nach eigener Erinnerung) in der Wahlperiode 2008-2013 getroffen wurde und inhaltlich besagt, dass Kleingartenflächen nur bei Zustimmung des jeweiligen KGV-Vorstands aufgegeben und einer anderen Flächennutzung zugeführt werden können?*

Antwort

Letztmalig hat die Bürgerschaft den Beschluss zum Thema Lübeck 2030 vom 26.03.2015 am 30.03.2017 bekräftigt und beschlossen.

Die Bürgerschaft bekräftigt ihren Beschluss zum Thema Lübeck 2030 vom 26.03.2015, in dem es heißt: „In Suchräumen im Bereich von Kleingärten dürfen Maßnahmen nur dann entwickelt werden, wenn über deren Umfang und den dazugehörigen zeitlichen Planungshorizont mit den jeweiligen Kleingärtnern Einvernehmen erzielt wurde.“ (VO/2017/04810).

- 3. Wann wurde im Zuge der Erstellung des Berichts Kleingartenkonzept Teil II mit dem Vorstand des KGV Lauerhof gesprochen? Wann wurde die letzte Besichtigung der KGV-Flächen vorgenommen?*

Antwort

Eine Vor-Ort-Begehung zur Überprüfung der erhobenen Daten aus dem Jahr 2019 fand Anfang 2024 statt. Die Analyse basiert neben dieser Vor-Ort-Begehung von Anfang 2024 auf einem Schreiben des Kreisverbandes an die Hansestadt Lübeck (Liegenschaften) vom 31.07.2023. Hierbei handelt es sich um ein Protokoll zur gemeinsamen Begehung der Anlage mit dem Vorstand des KGV Lauerhofs, Liegenschaften und Vertreter:innen des Kreisverbandes.

Gespräche mit dem Vorstand des KGV Lauerhofs fanden letztmalig am 17.06.2025 statt. Es wurden das Kleingartenkonzept Teil II und das geplante Vorgehen vorgestellt. Einwände und Anregungen wurden entgegengenommen.

- 4. Wurde mit den Vorstandsmitgliedern der weiteren Kleingartenvereine, die in der Kategorie E3 (Erhalt mit Umstrukturierungs- bzw. Umnutzungspotenzial in Teilbereichen) und E4 (Umnutzung der Anlage) aufgeführt sind, gesprochen? Wenn ja, wann und mit welchen Ergebnissen?*

Antwort

Es wurden Gespräche mit den Vorständen der Kleingartenvereine E3 (Tabelle dunkelgelb) in Anwesenheit der Bereiche Stadtplanung und Bauordnung, Wirtschaft und Liegenschaften sowie dem Kreisverband geführt:

- 17.06.2025 KGV Lauerhof
- 09.07.2025 KGV Herrengarten und Herrendamm
- 14.07.2025 KGV Oberes Eichholz
- Zwischen dem Vorstand des KGV Travetals und Liegenschaften fand ein bilateraler Termin statt

Mit den Vereinen der Kategorie E4 wurden keine Gespräche geführt. Diese Kategorie ist ein Sonderfall, wo trotz der negativen Kategorisierung letztlich kaum Auswirkungen, z. B. durch Darstellungsänderung im neuen Flächennutzungsplan, zu erwarten sind:

- Bei den drei aufgeführten Flächen handelt es sich in einem Fall faktisch nicht mehr um kleingärtnerische Nutzung (An der Industriebahn). Insofern würde der FNP hier nur an den Status Quo angepasst.
- Eine Fläche ist nicht in städtischem Eigentum (Speckmoorstraße). Hier wurde die Darstellung daher nicht angepasst, es sei denn, im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wird ein entsprechender Wunsch seitens des Vereins geäußert.
- Eine Fläche wurde der Kategorie aufgrund bestehender Hochwassergefährdung zugeordnet (Geniner Straße). Der Flächennutzungsplan muss bei der langfristigen Stadtentwicklungsplanung die sich verstärkenden Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigen. Auch wenn in dieser Anlage derzeit augenscheinlich keine größeren Defizite bestehen, stellt sich somit dennoch die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Standortes – hierbei handelt es sich jedoch um eine rein fachliche Fragestellung. Derzeit kann aber noch nicht abgesehen werden, ob und wie der FNP an dieser Stelle angepasst wird.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.3 Antwort auf die mdl. Anfrage des AM Simon (CDU): Sachstand Leuchtenfeld und Brüggmanngarten und die mdl. Anfrage des AM Pluschkell (SPD & FW): Beschluss zum Leuchtenfeld
Vorlage: VO/2025/14656**

Anfrage:

1. Mdl. Anfrage des AM Simon (CDU) zum Sachstand Leuchtenfeld und Brüggmanngarten aus der 18. Sitzung des Wirtschaftsausschusses und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" vom 08.09.2025, TOP Ö 3.6.6.

Herr Simon stellt folgende Anfrage:

Herr Simon bittet um Informationen zum Planungssachstand der Überplanung und Neugestaltung des Leuchtenfeld, insbesondere zu den Planungsinhalten und dem weiteren Zeitplan. Ergänzend erkundigt sich Herr Simon nach ggf. geplanten baulichen Veränderungen im Bereich des Brüggmanngarten, hier hat er von der Idee einer Minigolf-Anlage gehört.

2. Mdl. Anfrage des AM Pluschkell (SPD & FW) zum Beschluss zum Leuchtenfeld aus der 24. Sitzung des Bauausschusses vom 02.12.2024, TOP Ö 6.2.9.

Herr Pluschkell stellt folgende Anfrage:

AM Pluschkell sagt, dass mit dem Beschluss zum Parkhaus Fahrenberg auch beschlossen worden sei, dass die Verwaltung einen Beschlussvorschlag zum Umgang mit dem Leuchtenfeld unterbreiten solle. Er wolle wissen, was die Verwaltung hier plane.

Antwort:

Gemäß Beschluss der Bürgerschaft vom 25.11.2021 (VO/2021/10513-01) sind die Parkpaletten am Lotsenberg und am Godewind zu errichten; erst danach werden die Parkplätze am Leuchtenfeld um rd. 20 % und der Trelleborgallee gänzlich zurück gebaut. Somit wurde zunächst der Fortgang der Parkhausthematik abgewartet und die Planungen für die Umgestaltung des Leuchtenfelds nicht weiter fortgeführt.

Derzeit strebt die Verwaltung an, zeitnah ein Parkraumkonzept für Travemünde zu erarbeiten, in dem diverse Themen rund ums Parken abgearbeitet werden sollen. Dieses Konzept ist abzuwarten. Erst danach sollten – sofern sinnvoll möglich - die Planungen zu einer Neugestaltung des Leuchtenfelds wieder aufgegriffen werden.

Beim Brüggmanngarten handelt es sich um eine öffentliche Grünfläche/ Parkanlage (siehe auch B-Plan 32.01.00), die somit auch der Öffentlichkeit für die freie Nutzung zur Verfügung steht. Aktuell ist vorgesehen am südlichen Rand, im Bereich des Schachfelds Calisthenic-Anlagen zu errichten, die frei und zudem barrierefrei zugänglich sind. Weitere bauliche Veränderungen sind aktuell nicht geplant. Die Errichtung privater, gewerblich betriebener Anlagen ist aus den o.g. Gründen im Brüggmanngarten nicht möglich.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2 Neue Anfragen

**zu 6.2.1 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Barrierefreier Umbau der Marktfläche am Kohlmarkt
Vorlage: VO/2025/14710**

Anfrage:

1. Wie bewertet die Verwaltung das Ergebnis der verschiedenen Verfahren, hinsichtlich der Kosten und der Qualität?
 1. Beim Verfahren des Sägens
 2. Beim Verfahren des Schleifens (Fa. Wolf)

3. Beim Verfahren des Schleifens (aktuelle Beauftragung der Firma aus Hessen)

2. Haben sich weitere lokale Unternehmen mit anderen Verfahren beworben? Wenn ja über welche Kriterien wurden diese wie bewertet?

Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.2 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Verkehrsberuhigung Ortsdurchfahrt Kronsforde
Vorlage: VO/2025/14712**

BM Müller-Lornsen fragt ergänzend zu der Anfrage, ob es ein Lärmschutzprotokoll als Grundlage für die Verkehrsregelung gebe, und wenn nicht, ob es die Menschen interessiere, warum der Beginn der Regelung nicht vor der Brücke sei.

Anfrage:

1. Bei der Ortsdurchfahrt gibt es einen Teil, der aus Gründen des Lärmschutzes eine Tempo-30-Regelung beinhaltet. Nun meine Frage:

1. Ist diese Strecke im Vorgriff auf den geplanten Spielplatz am Löschteich/an der Kirche erweiterbar?
2. Zusätzlich die Bitte einmal zu prüfen, ob und wie ggf. die gesamte Ortsdurchfahrt als Tempo-30-Zone festzusetzen wäre.

Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.3 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Spielplatz "An der Kirche" in Kronsforde
Vorlage: VO/2025/14713**

Anfrage:

1. In welchem Umsetzungsstand befindet sich die Realisierung des Spielplatzes "An der Kirche" in Kronsforde gemäß Bürgerschaftsbeschluss (VO /2023 /11902)?
2. Zu wann sieht die Verwaltung realistisch die Möglichkeit einer Umsetzung?

Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.4 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Lückenschluss Fuß- und Radweg Kronsforde-Rothenhausen
Vorlage: VO/2025/14715**

Anfrage:

1. Die Quabekstraße in Kronsforde führt nach Rothenhausen. Der bestehende Fuß- und Radweg endet derzeit auf Höhe der Quabekstraße Nummer 17. Auf dem Hof Rothenhausen befinden sich wichtige Einrichtungen des täglichen Bedarfs und der Daseinsvorsorge, die von Familien aus Kronsforde und Umgebung regelmäßig genutzt werden, der Rad- und Fußweg wird zudem von Schülerinnen und Schülern genutzt, die die Schule in Niederbüssau oder die Stecknitz-Schule in Krummesse besuchen. Gerade für diese Gruppe ist eine sichere, durchgängige Wegeverbindung von besonderer Bedeutung. Daher die folgenden Fragen:

1. Haben hier bereits Gespräche seitens der Verwaltung mit dem Kreis Herzogtum Lauenburg stattgefunden? Wenn ja, gibt es auch seitens der Nachbar-

gemeinde Planungen oder Überlegungen, den Lückenschluss des Fuß- und Radwegs zwischen Kronsforde und Rothenhausen herzustellen?

2. Wie ist der aktuelle Stand der Planungen für den Teil auf dem Lübecker Stadtgebiet? Gibt es bereits Kostenschätzungen oder Zeitpläne?

Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.5 AM Klaus Hinrich Rohlf (CDU): Klärungsbedarf Eigenbetrieb Hafen EHL zu Vorlage VO/2022/11476-01
Vorlage: VO/2025/14719**

Anfrage:

1.
Wurden neben den Gesprächen mit der LHG auch im Vorfeld mit anderen Akteuren, z.B. Lehmann, Gespräche zum geplanten Eigenbetrieb EHL geführt?
Gerade angesichts der Bedeutung des Unternehmens für den Hafen wäre deren Einschätzung wichtig.
2.
Wird der Eigenbetrieb auch von der LHG künftig marktübliche Pachtzahlungen verlangen?
Ohne klare Regelungen besteht die Gefahr von Verzerrungen oder indirekten Subventionen.
3.
Kann oder wird der Eigenbetrieb die Rückgabe von Flächen verlangen, die aktuell von der LHG unterverpachtet sind – insbesondere dort, wo auf dem freien Markt höhere Einnahmen oder strategisch wichtigere Nutzungen möglich wären, damit die wirtschaftliche Position Lübecks im Ostseeraum gestärkt werden kann?
4.
Welche konkrete Kontroll- und Mitspracherechte hat der Bauausschuss beim Eigenbetrieb Hafen EHL?
Gerade im Hinblick darauf, die Rolle der EHL als zentralen Hafen im Ostseeraum zu sichern, brauchen wir Transparenz sowie klare Steuerungsmöglichkeiten.
5.
Wie wird da das Stammkapital von 5 Millionen Euro erbracht?

Antwort:

1. Wurden neben den Gesprächen mit der LHG auch im Vorfeld mit anderen Akteuren, z.B. Lehmann, Gespräche zum geplanten Eigenbetrieb EHL geführt? Gerade angesichts der Bedeutung des Unternehmens für den Hafen wäre deren Einschätzung wichtig.

Antwort: Nein, da es sich bei dieser Maßnahme um eine rein organisatorische Veränderung handelt, durch die sich im Außenverhältnis keine Änderungen ergeben.

2. Wird der Eigenbetrieb auch von der LHG künftig marktübliche Pachtzahlungen verlangen? Ohne klare Regelungen besteht die Gefahr von Verzerrungen oder indirekten Subventionen.

Antwort: In den aktuell bestehenden Nutzungsvertrag wird nicht eingegriffen werden.

3. Kann oder wird der Eigenbetrieb die Rückgabe von Flächen verlangen, die aktuell von der LHG unterverpachtet sind – insbesondere dort, wo auf dem freien Markt höhere Einnahmen oder strategisch wichtigere Nutzungen möglich wären, damit die wirtschaftliche Position Lübecks im Ostseeraum gestärkt werden kann?

Antwort: Ja.

4. Welche konkrete Kontroll- und Mitspracherechte hat der Bauausschuss beim Eigenbetrieb Hafen EHL? Gerade im Hinblick darauf, die Rolle der EHL als zentralen Hafen im Ostseeraum zu sichern, brauchen wir Transparenz sowie klare Steuerungsmöglichkeiten.

Antwort: Als Werksausschuss hätte der Ausschuss die vollen Kontrollrechte.

5. Wie wird da das Stammkapital von 5 Millionen Euro erbracht?

Antwort: Das Stammkapital wird durch das Anlagevermögen in der Planbilanz erbracht.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.6 Anfrage des AM Blankenburg (SPD): Sanierung Fußweg Am Rusch

Anfrage:

In Karlshof wurden mehrere Fußwege im Rahmen vom Glasfaserausbau saniert. Teilweise wurde auf beiden Straßenseiten der Fußweg neu geteert. In der Straße "Am Rusch" wurde lediglich der Sandweg vom Vorhabenträger angefasst und wieder hergerichtet. Nun ist diese Straße jedoch die einzige mit einem alten Fußweg im schlechten Zustand.

Ist seitens der Verwaltung geplant, diesen Fußweg in Eigenleistung herzurichten?

Kann die Verwaltung diesen Fußweg in 2026 sanieren und auf das gleiche Niveau wie die anderen Fußwege bringen?

Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.7 Anfrage des AM Pluschkell (SPD): Pflasterung in der Beckergrube

Anfrage:

AM Pluschkell berichtet, dass nachgewiesen werden konnte, dass die Höhe der Pflasterung in der Beckergrube zu einer Stolperfalle werden könne, was bislang nur teilweise nachgebessert worden sei. Er fragt, wie die Verwaltung sicherstelle, dass die Pflasterung ordnungsgemäß erfolge.

Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.8 Anfrage des AM Pluschkell (SPD): Fußgängerampel am Mühlenteller

Anfrage:

AM Pluschkell führt aus, dass der Verkehr am Mühlenteller durch die Fußgängerampel blockiert werde und es hierdurch zu Rückstauungen komme und fragt, ob wie dies berücksichtigt werde, wenn weniger Verkehre über die Mühlentorbrücke geleitet werden würden, etwa weil die Busse ab Dezember nicht mehr die Mühlentorbrücke passieren dürften.

Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.9 Anfrage des stellv. AM Hamer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Radverkehr am Berliner Platz

Anfrage:

Das stellv. AM Hamer, das für diese Anfrage Rederecht vom Bauausschuss erhalten hat, erklärt, dass die Radwege am Berliner Platz zurückversetzt seien, wodurch es nicht möglich sei, Blickkontakt mit PKW-Fahrern aufzubauen. Er wolle wissen, wie sichergestellt werden könne, dass Radfahrende dauerhaft sicher den Kreisverkehr passieren könnten.

Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.10 Anfrage des AM Mählenhoff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abbieger in die Kronsfordter Allee

Beschluss:

AM Mählenhoff beschreibt, dass wenn man vom Berliner Platz kommend auf dem St. Jürgen-Ring Richtung Kronsfordter Allee fahren würde, man bei dem Abbieger in die Kronsfordter Allee als Radfahrer einen kleinen Absatz passieren müsse, was das Befahren unangenehm gestalte. Sie erkundigte sich, ob hier Abhilfe geschaffen werden könne.

Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.3 Mitteilungen des Vorsitzenden und der Fachbereichsleitung

Der Vorsitzende lädt den Bauausschuss dazu ein, sich nach der letzten Bauausschusssitzung des Jahres gemeinsam auf dem Weihnachtsmarkt einzufinden. Die Sitzung werde al-

lerdings weiterhin im VZM stattfinden, da das Rathaus an diesem Tag nicht zur Verfügung stehe.

zu 6.4 Sonstige Mitteilungen

zu 6.4.1 Sitzungstermine Bauausschuss 2026 Vorlage: VO/2025/14459

Die Sitzungstermine des Bauausschusses 2026 können der beiliegenden Vorlage VO/2025/14459 entnommen werden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende beantragt trotz Ablauf der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) noch die TOP unter TOP 7 aufzurufen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

zu 6.4.2 Mündliche Mitteilung (5.610): Mobilitätskonzept Neue Teutendorfer Siedlung

Frau Belchhaus stellt das Thema anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, der Vorsitzende, AM Mauritz, Frau Belchhaus, AM Wisotzki, AM Kohlfaerber, AM Pluschkell.

Der Vorsitzende beantragt einen Schluss der Rednerliste.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Es reden weiterhin AM Blankenburg, AM Pluschkell, AM Mauritz, AM Ramcke, Frau Renzow, AM Luetkens, AM Stolzenberg, AM Sellerbeck, der Vorsitzende und mit mehreren Wortmeldungen auf Fragen der Ausschussmitglieder hin Frau Belchhaus.

AM Pluschkell beantragt, dass die Verwaltung ein überarbeitetes Mobilitätskonzept auf Grundlage der durch den Bauausschuss getroffenen Anregungen erstellen solle.

Herr Wendorff weist darauf hin, dass der Antrag nicht konkret genug sei, um so beschlossen zu werden.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 17:15 Uhr.

Die Sitzung wird um 17:18 Uhr fortgesetzt.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von AM Pluschkell abstimmen.

Für den Antrag: 4 Stimmen

Gegen den Antrag: 11 Stimmen

Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Der Vorsitzende betont, dass es wünschenswert wäre, wenn dem Bauausschuss zu derartigen Sachverhalten zukünftig vorab schriftlich etwas zur Verfügung gestellt werde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende ruft TOP 3.1 auf.

zu 6.4.3 Wochenmarkt am Brink: Erreichbarkeit während der Baumaßnahmen zum Radschnellweg und Inanspruchnahme von Wochenmarktsflächen im Zuge der Baumaßnahmen

Der Vorsitzende konstatiert, dass kein Mitarbeitender des Bereichs Wirtschaft und Liegenschaften anwesend sei, um hierzu zu berichten. Der TOP könne ggf. zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufgerufen werden, wenn hierzu sprechfähige Mitarbeitende der Verwaltung anwesend seien.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Er ruft TOP 6.4.2 auf.

zu 6.4.4 Mündliche Mitteilung (5.610): Bauvorhaben Damaschkestraße

Frau Janke und Frau Zunker von Vonovia stellen das Vorhaben anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beiliegt, vor.

Hierzu reden AM Mählenhoff, Frau Janke, der Vorsitzende und wieder Frau Janke.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende ruft TOP 6.4.3 auf.

zu 6.4.5 Mündliche Mitteilung (5.610): Sachstand Planfeststellungsverfahren Lehmannkai 1+

Herr Stolte berichtet den aktuellen Sachstand. Die Verwaltung habe den politischen Auftrag erhalten, sich im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für die Belange der betroffenen Bürger:innen einzusetzen. Die Verwaltung hat in Folge dessen gefordert, dass die Erschließung des Geländes von Osten über das Werksgelände erfolgen solle. Die Variante sei überprüft worden, allerdings sei keine Variante mit einer Erschließung aus dem Osten umsetzbar, was auch aus fachlicher Sicht nachvollziehbar sei. Es führt dies näher aus. Es sei nun davon auszugehen, dass die Erschließung über die Straße Luisenhof von Westen erfolgen werde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende ruft TOP 9 auf.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Nachpflanzung von Alleebäumen in Ivendorf
Vorlage: VO/2025/14554

Senatorin Hagen schlägt vor, dass die Verwaltung hierzu eine Konzeptstudie erstelle und versuche, diese in das Arbeitsprogramm unterzubringen. Bis zur Vorlage der Konzeptstudie könne der Antrag vertagt werden.

Der Vorsitzende beantragt gemäß dem Vorschlag von Senatorin Hagen zu verfahren.

Für den Antrag: 15 Stimmen

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7.2 Antrag von AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Ratzeburger Allee für die Zeit der Baustellensituation
Vorlage: VO/2025/14566

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag zu einem Prüfantrag umformuliert werden müsse.

AM Luetkens erklärt, dass er den Antrag erst nach dem Bericht unter TOP 6.4.3 behandeln wolle.

Frau Schölkopf erklärt, dass für den Markt der Bereich Wirtschaft und Liegenschaften zuständig sei, hierzu sei sie nicht sprechfähig. Zu den Maßnahmen, für die der Bereich Stadtgrün und Verkehr zuständig sei, habe Herr Peters bereits zu einer der letzten Sitzungen berichtet.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung auf die nächste Sitzung.

Für die Vertagung: 15 Stimmen

Der Bauausschuss stimmt einstimmig für die Vertagung des Antrags.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.3 Antrag AM Stolzenberg (Die FRAKTION): Prüfauftrag zur Errichtung einer öffentlichen Sport- und Freizeitanlage im Orkney Park in Travemünde
Vorlage: VO/2025/14607**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die CDU erst die gesamtheitliche Betrachtung Travemündes vorgelegt bekommen wolle, bevor einzelne Vorhaben beschlossen werden würden. Daher werde man dem Antrag nicht zustimmen.

AM Stolzenberg begründet seinen Antrag.

AM Ramcke erklärt, dass er den Antrag eigentlich gut finde, aber der Sportentwicklungsplan noch nicht vorliege und der Bauausschuss hier eigentlich auch nicht der zuständige Ausschuss sei, das Thema müsse eher im Ausschuss für Schule und Sport behandelt werden.

AM Stolzenberg zieht seinen Antrag zurück.

Antrag:

Die Bauverwaltung wird gebeten, in Abstimmung mit dem Kurbetrieb Travemünde, zu prüfen, ob und wo eine öffentliche Freizeit- und Sportanlage im Orkney Park umgesetzt werden kann. Dem Bauausschuss ist im Februar 2026 zu berichten.

Der Antrag wurde durch den Antragsteller zurückgezogen.

**zu 7.4 Jochen Mauritz (CDU), Arne-Matz Ramcke (BÜ90/DIE GRÜNEN), Dan Teschner (FDP): Zweispuriges Abbiegen von der Straße "Bei der Lohmühle" nach links in die Fackenburger Allee
Vorlage: VO/2025/14617**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag als Prüfantrag zu lesen sei.

AM Pluschkell bittet darum, dass in dem Zuge auch das zweispurige Geradeausfahren unter Einbeziehung des Rechtsabbiegers mit abgeprüft werde.

AM Stolzenberg weist darauf hin, dass aufgrund der Anlieferung von KFZ an der Lohmühle immer eine Spur blockiert sei und bittet, dies ebenfalls zu prüfen.

Die Antragsteller übernehmen die Ergänzungen in ihren Antrag.

Antrag:

Im Bereich der Straßenkreuzung „Bei der Lohmühle / Fackenburger Allee“ entstehen zum Teil Rückstauungen bis in den Lohmühlenteller hinein. Der Einmündungsbereich vom Lohmühlenteller zur Kreuzung ist mit 3 Spuren so gestaltet, dass zusätzlich zu der vorhandenen Links-Abbiegespur eine zweite eingerichtet werden könnte, indem man auf der mittleren Spur zusätzlich das links Abbiegen ermöglicht.

Weiterhin soll auch das zweispurige Geradeausfahren unter Einbeziehung des Rechtsabbiegers überprüft werden und wie die Blockade einer der Spuren durch die Anlieferungsverkehre von KFZ unterbunden werden könne.

Der Bauausschuss bittet die Verwaltung in der zweiten November Sitzung 2025 mündlich zu berichten, ob und wie diese Option umzusetzen ist und ob der Verkehrsfluss damit beschleunigt werden kann.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss stimmt dem ergänzten Antrag einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt noch TOP 6.4.5 aufzurufen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende ruft TOP 6.4.5 auf.

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:32 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 19:35 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Es wird um die Anwesenheit von Herrn Toll, Herrn Dr. Bruns, Herrn Salomon, Herrn Kaschel und Frau Belchhaus gebeten.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst habe.

Der Vorsitzende ruft erneut TOP 3.4 auf.

Er beendet im Anschluss an die Behandlung von TOP 3.4. die Bauausschusssitzung um 20:47 Uhr.

Lübeck, den 24. März 2026

Dr. Ulrich Brock
Vorsitzende/r

Wilk Wendorff
Protokollführung